Euro-Schnellzug nach Brüssel?

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung**

Band (Jahr): **79 (2001)**

Heft 3

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-722661

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Euro-Schnellzug nach Brüssel?

Soll der Bundesrat den verfassungsmässigen Auftrag erhalten, mit der Europäischen Union ohne Verzug über einen Beitritt zu verhandeln? Am 4. März kommt die Initiative «Ja zu Europa» vor Volk und Stände. Die Zeitlupe liefert die Hintergründe.

Was will die Initiative «Ja zu Europa»?
Die 1996 mit über 106000 gültigen Unterschriften eingereichte Volksinitiative verlangt, dass die Schweiz sich an der europäischen Integration beteiligt und den Beitritt zur Europäischen Union anstrebt. Zu diesem Zweck soll der Bundesrat unverzüglich Beitrittsverhandlungen aufnehmen. Dabei müssen gemäss dem Wortlaut der Initiative unsere demokratischen und föderalistischen Grundwerte sowie die sozialen und ökologischen Errungenschaften unseres Landes gewahrt werden. Zudem müssen die Interessen der Kantone berücksichtigt werden.

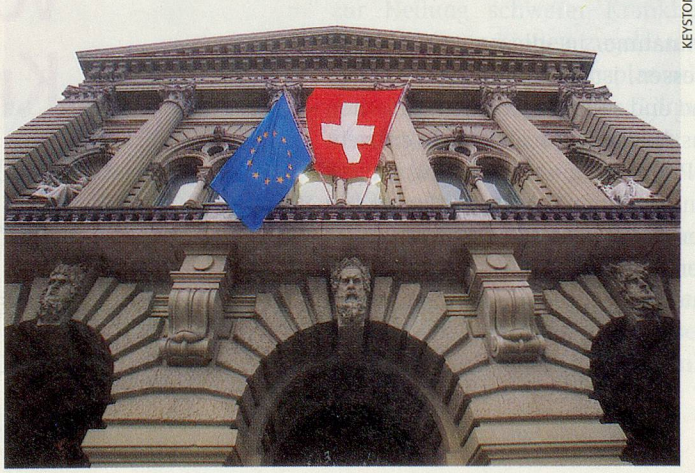
Warum kommt diese Initiative vors Volk?
Das Volksbegehren der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz, einem Zusammenschluss von fünf europäischen Bewegungen, sollte Druck auf den Bundesrat ausüben, das 1992 in Brüssel hinterlegte Beitrittsgesuch der Schweiz zu aktivieren. Der Gegenvorschlag des Bundesrates, der das Ziel eines Beitritts ohne einen festen Fahrplan in einem Bundesbeschluss verankern wollte, wurde im Ständerat verworfen. Damit wurde für die meist jugendlichen Initianten eine Volksabstimmung unvermeidlich.

Wie haben sich die politischen Parteien entschieden?
Die Delegierten der Freisinnig-Demokratischen Partei haben die Volksinitiative mit 58 Prozent Nein- und 42 Prozent Ja-Stimmen unerwartet knapp verworfen. Die Delegierten der Christlichdemokratischen Volkspartei haben dem Volksbegehren mit 56 Prozent Ja-Stimmen überraschend zugestimmt. Die Sozialdemokratische Partei und die Schweizerische Volkspartei haben diese Europa-Initiative praktisch einstimmig bejaht oder verneint. Die Liberale Partei der Schweiz stimmt ihr zu.

Was ergeben die Meinungsumfragen?
Acht Wochen vor dem Abstimmungssonntag ergab die Meinungsumfrage der Zeitungen «Tages-Anzeiger» und «Le Temps» dieses Bild: 45 Prozent der befragten Schweizerinnen und Schweizer stimmen dem Volksbegehren «Ja zu Europa» zu und 46 Prozent lehnen dieses ab. Befürwortet wird die Europa-Initiative deutlich von Westschweizern, Frauen, Jungen, Städtern und Linken. Abgelehnt wird sie ebenso klar von Deutschschweizern, Männern, alten Menschen, der Landbevölkerung und politisch rechts Stehenden. Nur ein Drittel der Befragten will, dass die Schweiz ihren unabhängigen Alleingang fortsetzt, doch 59 Prozent finden, die Schweiz müsse eines Tages Mitglied der Europäischen Union sein.

Welches ist die Europapolitik unseres Bundesrates?
Die Landesregierung betont das strategische Ziel eines Beitrittes zur Europäischen Union. Der Bundesrat lehnt aber die Initiative «Ja zu Europa» ab, weil sie «im falschen Zeitpunkt» kommt und der verfassungsmässigen Zuständigkeit der Regierung in aussenpolitischen Fragen widerspricht. Bern will zuerst die bilateralen Verträge einbringen, erste Erfahrungen mit dem freien Personenverkehr sammeln, die Regierungsreform anpacken, die Folgen für die direkte Demokratie und den Föderalismus untersuchen sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Senkung der direkten Bundessteuer prüfen.

Wie könnte der Europa-Fahrplan der Schweiz aussehen?
Nach der Meinung der Initianten werden Volk und Stände frühestens im Jahr 2006 in Kenntnis des Verhandlungsergebnisses über den Beitritt entscheiden. Der Bundesrat will spätestens in der nächsten Legislatur, also zwischen 2003 und 2007, über eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen befinden. In diesem Falle könnte eine Volksabstimmung voraussichtlich im Jahr 2010 stattfinden, also etwa vier Jahre später, als die Initiative will. ■



KEYSTONE

Wann wehen Schweizer- und Europafahne am Bundeshaus?